

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Bundeskanzler Franz Vranitzky klarer Wahlsieger in Österreich

ÖVP erlebte Debakel – Haider legte kräftig zu – Grüne hielten ihren Stimmenanteil – Volkspartei denkt an Oppositionsrolle

(AP) Die österreichischen Wähler haben Bundeskanzler Franz Vranitzky und den Sozialisten (SPÖ) einen überraschend deutlichen Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung erteilt. Entgegen allen Prognosen hielt die SPÖ bei der Nationalratswahl am Sonntag ihr Ergebnis der letzten Wahl vor vier Jahren und kam auf 43,03 Prozent der Stimmen. Der Koalitionspartner, die bürgerliche Volkspartei (ÖVP), dagegen musste das schlechteste Ergebnis der Nachkriegszeit hinnehmen. Die Freiheitliche Partei (FPÖ) unter Jörg Haider verbuchte erwartungsgemäss massive Gewinne. Die Grünen verbesserten sich entgegen der Erwartung nicht. Die Wahlbeteiligung lag mit 83,22 Prozent deutlich unter den 90,46 Prozent von 1986.

Dem am Abend von Innenminister Franz Löschnak vorgelegten vorläufigen Endergebnis zufolge wurde die SPÖ mit ihrem ganz auf Vranitzky zugeschnittenen Wahlkampf mit den 43,03 Prozent wieder stärkste Fraktion. Bei der Wahl 1986 hatte die SPÖ 43,12 Prozent erzielt. Im Parlament stellt die Partei 81 der 183 Abgeordneten, das ist ein Mandat mehr als bisher.

ÖVP erlebte ein Wahldebakel

Die Volkspartei erlebte ein Wahldebakel. Sie verlor 9,15 Prozentpunkte und rutschte von 41,3 Prozent auf 32,14 Prozent. Sie verfügt künftig nur noch über 60

Abgeordnete (1986: 77). Bisher hatte die bürgerliche Schwesterpartei der CDU 1949 mit 67 Abgeordneten das schlechteste Nachkriegsergebnis.

Die bisher mit 9,73 Prozent drittstärkste Partei des Landes, die FPÖ, konnte starke Zugewinne verbuchen und sich als starke dritte Kraft stabilisieren. Sie erreichte 16,6 Prozent. Damit verfügen die Freiheitlichen künftig über 33 Abgeordnetensitze, 15 mehr als bisher. Die Grünen kamen auf 4,53 Prozent (1986: 4,82 Prozent). Sie werden künftig neun Abgeordnete im Parlament haben, einen mehr als bisher.

Von den anderen Parteien schaffte keine den Einzug ins Parlament. Die Vereinigten Grünen, eine bürgerliche grüne Gruppierung, konnte zwar den Grün-Alternativen Stimmen abnehmen, schaffte jedoch nicht den Einzug. Zwischenfälle wurden bei dem schönen Herbstwetter nicht verzeichnet. Ein amtliches Endergebnis wird nach Auszählung der Wahlkarten (Briefwahl) erst am Mittwoch erwartet. Leichte Verschiebungen wurden von der Wahlleitung nicht ausgeschlossen.



Die Sozialisten mit Parteichef und Bundeskanzler Franz Vranitzky (hier am Parteihauptsitz) konnten sich entgegen aller Umfragen bei der gestrigen Wahl sehr gut halten. (Bild: AFP)

Vranitzky zeigte sich zufrieden mit dem Wahlausgang. Er kündigte Koalitionsverhandlungen mit der Volkspartei über die Bildung einer Regierung «auf der Basis der Kräfteverhältnisse» an. Ein Bündnis mit der FPÖ schloss er aus. Vranitzky rechnete mit einer Regierungsbildung bis Weihnachten. SPÖ-Zentralsekretär Josef Cap warnte die ÖVP vor einer Verweigerung der Zusammenarbeit. Dies könne zur «Unregierbarkeit» Österreichs führen, sagte er.

In der Volkspartei sprach man von einer Katastrophe. ÖVP-Generalsekretär Helmut Kukacka nannte das Ergebnis eine «klare und eindeutige Niederlage». «Das ist kein Wahlergebnis, sondern ein Gottesurteil», meinte ein ÖVP-Politiker. Parteichef Josef Riegler forderte ein grundsätzliches Überdenken der ÖVP-Politik. Die Volkspartei kehre «sicher nicht in eine Koalition ein zu eins zurück», sagte er. Seine Partei sei «etwas zu Unrecht unter die Räder gekommen». Einige ÖVP-Politiker forderten den Gang in die Opposition, wo sich die Partei erneuern könne. Riegler liess alle Optionen offen.

Jubel herrschte dagegen bei der FPÖ. Parteichef Jörg Haider sagte, die Freiheitlichen hätten den «Sprung zur Mittelpartei» geschafft. Er kündigte an, dass die FPÖ in der Opposition bleiben wolle. Er sei in Bündnisfragen jedoch gesprächsbereit.

Volkspartei hält sich alle Optionen offen

Das Ergebnis deutete auf eine Fortsetzung der grossen Koalition von SPÖ und ÖVP hin. Innerhalb der Volkspartei gab es jedoch angesichts der schweren Verluste erste Stimmen, die die ÖVP in die Opposition führen wollen. Dies könnte zu einer Minderheitsregierung der SPÖ unter Kanzler Vranitzky führen. Ein Bündnis der ÖVP mit der FPÖ gilt als unwahrscheinlich. Innerhalb der ÖVP gibt es dem Vernehmen nach jedoch auch Überlegungen über eine Mehrparteienregierung.

Sport aktuell

Nur Vaduz siegte!

Kein gutes Wochenende für die liechtensteinischen Fussballteams: Einzig der FC Vaduz kam in Au zu einem klaren 3:0-Sieg. Knappe Auswärtsniederlagen mussten Erstligist Balzers in Kreuzlingen (2:3) und Zweitligist USV in Rapperswil (0:1) hinnehmen. Völlig sieglos blieben die Drittligen: Triesen gegen Vaduz 1:1, Sargans gegen Triesenberg 3:1, Schaan gegen St. Margrethen 0:2 und Ruggell gegen Goldach 0:0.

Sieg und Niederlage für Galina

Einen recht guten Eindruck hinterliess der VBC Galina am Wochenende bei zwei Vorbereitungsspielen. Gegen den tschechischen Meister Zbrojovka Sokol Brunn resultierte vor 300 Zuschauern eine standesgemässe 0:3-Niederlage (6:15, 9:15, 10:15). Zu einem 3:1-Erfolg kam der Nationalliga-Baufsteiger dafür gegen den letztjährigen österreichischen Bundesligisten Olympia Innsbruck.



Toller Alpinman-Duathlon

Herrliche Bedingungen und tolle Ausdauer-Leistungen prägten am Samstag den 1. Alpinman-Duathlon in Liechtenstein. Nach 2 Stunden und 22 Minuten erreichte der frühere Rad-Eliteamateur Kurt Ehrensperger aus Davos (unser Bild) das Ziel als überlegener Sieger. Beste der 31 Teilnehmer/innen aus Liechtenstein wurden Roland Wille im 8. Rang sowie Bettina Sprenger im 45. Rang. (Ausführlicher Bericht im Sportteil).

Die Familienzulagen sollen auf 1. Januar 1991 erhöht werden

Regierungsvorlage an den Landtag trotz Ablehnung einer FBP-Motion im Sommer – Die Regierung folgt in den Ansätzen dem Vorschlag der FAK

(G.M.) – Die Regierung hat dem Landtag einen Antrag zur Erhöhung der Kinder- und Geburtszulagen unterbreitet, die auf den 1. Januar 1991 in Kraft treten soll. Dem Landtag liegen damit genau jene Ansätze zur Erhöhung vor, wie sie die FBP-Fraktion im Rahmen einer Motion vorgeschlagen hatte. Diese Motion war jedoch mit den VU-Stimmen im Landtag verhindert worden.

Der Verwaltungsrat der FAK-Anstalt ersuchte die Regierung am 1. Juni 1990 um eine Erhöhung der seit 1988 geltenden Ansätze für die Kinder- und Geburtszulagen. Die FAK-Anstalt begründete ihren Vorschlag mit steigenden Kosten der Familien für die Kinder sowie mit der guten finanziellen Situation der Familienausgleichskasse: «Um kinderreichen Familien stärkeren wirtschaftlichen Schutz geben zu können und um der Tatsache Rechnung tragen zu können, dass Kinder mit zunehmendem Alter höhere Kosten verursachen, sollten die Zulagen so angehoben werden, dass sie eine spürbare Mehrleistung zum Ausgleich der Familienkosten darstellen.»

Ablehnung der FBP-Motion

Bereits am 16. Mai 1990 hatte die FBP-Fraktion im Landtag eine Motion über die Erhöhung der Kinder- und Geburtszulagen eingebracht, die in der Sitzung vom 27./28. Juni 1990 zur Überweisung an die Regierung anstand. Auch die FBP-Motion wurde mit der guten finanziellen Situation der Familienausgleichskasse begründet und mit dem Hinweis auf die steigenden Kosten der Familien für die

Kinder. Insbesondere erfolgte auch der Verweis auf die Tatsache, dass grösser werdende Kinder steigende Kosten verursachen und die Familienausgleichskasse mit den Kinderzulagen einen Teil dieser Kosten ausgleichen könnte. «Ein Staat, der den Schutz für Ehe und Familie ernst nimmt», erklärte FBP-Fraktionssprecher Dr. Alois Ospelt, «muss seine ganze Gesetzgebung auf diesen Zweck ausrichten. Ein Teil dieser Gesetzgebung zielt darauf, den Familien ein angemessenes Einkommen zu sichern und Familien mit Kindern wirtschaftlich nicht zu benachteiligen.»

Die VU-Fraktion, die offensichtlich diesen familienpolitischen Vorstoss gerne selbst unternommen hätte, lehnte im Landtag die Überweisung der FBP-Motion ab. Fraktionssprecher Reinhard Walser argumentierte damals, die FAK-Anstalt sei bereits mit einem Vorschlag an die Regierung gelangt, so dass sich der FBP-Vorstoss erübrige.

Vorschläge decken sich

Tröstlich für die Vertreter der FBP-Fraktion, die sich in den letzten Jahren verschiedentlich mit familien- und sozialpolitischen Vorstössen ausgezeichnet haben, ist die Tatsache, dass die Regierungsvorlage praktisch identisch wie ihr Vorstoss ausgefallen ist. Die Kinderzulage soll demnach auf monatlich 160 Fr. festgelegt werden. Für Anspruchsberechtigte mit mehr als zwei Kindern, für Zwillinge und für Kinder ab dem vollendeten 10. Altersjahr wird die Zulage auf 210 Fr. angehoben. Die Geburtszulage soll auf 1500 Fr. angehoben werden, bei Mehrlingsgeburten pro Kind auf 2 000 Fr. Auch für Kinder im Ausland soll es eine Erhöhung der Zulage auf 130 Fr. geben.

Die Regierung wird, wie sie in ihrem Bericht an den Landtag ausführt, die entsprechende Änderung der Verordnung vornehmen, sobald der Landtag die beantragte Erhöhung für Kinder im Inland vorgenommen hat.

Ausserdem soll gemäss einem Vorschlag des FAK-Verwaltungsrates die Verordnung in bezug auf die Kindschaftsverhältnisse abgeändert werden. Nach diesem Verordnungstext liegt ein Pflegekindschaftsverhältnis vor, wenn es auf Dauer begründet ist und von dritter Seite geleistete Unterhaltsbeiträge den Betrag von 200 Fr. pro Monat nicht übersteigen. Diesen Ansatz, der seit 1986 nicht mehr angepasst worden ist, möchte die Regierung auf Antrag des Fürsorgeamtes auf 500 Fr. erhöhen.

Mehrausgaben von 3,8 Mio. Fr.

Die Mehrausgaben durch die Erhöhung der Kinder- und Geburtszulagen belaufen sich nach den Berechnungen der Regierung auf 3,8 Mio. Fr. Dieser Mehraufwand ist allerdings dank der guten wirtschaftlichen Situation der FAK verkraftbar: Der FAK-Fonds belief sich Ende 1989 auf 51,2 Mio. Fr. Die Betriebsrechnung 1989 schloss mit einem Überschuss von 6,1 Mio. Fr. ab.

Die hohen Erwartungen sind erfüllt worden

Ein Rückblick auf die Liechtenstein-Präsentation an der 42. Frankfurter Buchmesse

(G.M.) – Mit der Liechtenstein-Präsentation an der 42. Frankfurter Buchmesse im Rahmen eines Länder-Standes sind hohe Erwartungen verbunden worden. Nun, nach Abschluss der Buchmesse, die einen neuen Aussteller-Rekord brachte, lässt sich feststellen, dass die hohen Erwartungen erfüllt werden konnten. Obwohl im Vergleich zu den anderen Länder-Vertretungen recht bescheiden, verschaffte sich der attraktiv gestaltete Länderstand, verbunden mit einer Reihe von Aktivitäten durch den Kulturbeirat der Regierung, recht bald Respekt und Anerkennung.

Die 42. Frankfurter Buchmesse stand unter guten wirtschaftlichen Vorzeichen: Diese Voraussetzung, die für den Buchmarkt von entscheidender Bedeutung ist, liess die Buchmesse einen neuen Aussteller-Rekord erleben. Insgesamt zählten die Veranstalter 8492 Aussteller aus 90 verschiedenen Ländern, die gemeinsam rund 400 000 Buchtitel vorstellten. Unter den gesamthaft präsentierten Werken befanden sich rund 115 000 Neuerscheinungen, eine bisher nie oder selten erreichte Zahl von neuen Buchtiteln.

Unter diesem gewaltigen Bücherberg war das Liechtenstein-Angebot mit 180 Buchtiteln umfangmässig sehr bescheiden. Doch der Kulturbeirat der Regie-

rung unter dem initiativen Präsidenten, Fürstl. Rat Robert Allgäuer, konnte sich mit dem von Hans-Peter Gassner gestalteten Liechtenstein-Stand rasch einen guten Namen schaffen, der Verleger und Autoren aus der ganzen Welt anzog. Die von Traugott Schneidtinger getroffene Auswahl der Liechtenstein-Bücher, die in Kürze auch in einem Katalog mit den nicht ausstellten Werken erscheinen soll, verschaffte dem kleinen Land immer wieder Anerkennung. Viele Besucher konnten sich kaum vorstellen, dass in unserem Land eine derartige Fülle von Büchern geschrieben, verlegt oder gedruckt wird.

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille sprach bei seinem Be-

such des Liechtenstein-Standes von einer Herausforderung, aber auch von den erfüllten Erwartungen im Zusammenhang mit der Liechtenstein-Präsentation. Für ihn ist die Präsenz an dieser Weltmesse des Buches auch ein «wichtiges kulturelles Ereignis», das die Hoffnung auf eine intensive Auseinandersetzung mit Staat und Gesellschaft aufkommen lässt.

Liechtenstein war aber nicht nur mit einem Länderstand an der 42. Frankfurter Buchmesse vertreten. Unter den Verlagen befand sich auch der Topos-Verlag (Ruggell), der seit 1977 ununterbrochen an der Buchmesse mit seinem Sortiment vertreten ist. Mehr über die Frankfurter Buchmesse auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.

Britisches Pfund am Montag im EWS

(spk/dpa) Grossbritannien wird heute Montag als zehntes Land der Europäischen Gemeinschaft Vollmitglied im Europäischen Währungssystem (EWS). Der Währungsausschuss der EG hat dafür am Wochenende in Brüssel die Bedingungen festgelegt, die anschliessend von den EG-Finanzministern und Notenbankchefs gebilligt wurden.

Das britische Pfund wird mit Öffnung der Börsen zu einem Mittelkurs von 2,95 DM in den Wechselkursmechanismus des EWS eintreten.

FORTSCHRITTLICHE COMPUTERTECHNOLOGIE IM OPTIMALEN KOSTEN-NUTZEN-VERHÄLTNISS VOM FACHMANN.

COMPUTER AG
Im Alten Riet 38, 9494 Schaan, 075/20170
Grünastrasse 25, 9470 Buchs, 085/63309

nina Damenmode
Rietloch Mühleholz
9494 Schaan · Tel. 075 24033